

Rede zum Schutzschirm

von Jonas Ahlgrimm, DIE LINKE. Fraktion
in der Gießener Stadtverordnetenversammlung

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,
sehr geehrte Damen und Herren,

der kommunale Schutzschirm wird von **Vielen** als alternativlos bezeichnet. Dabei wird jedoch nicht beachtet, dass die Situation von Ländern und Kommunen eine gewollte Zwangslage ^{aufgezwungen} neoliberaler Bundespolitik ist. Durch die Verknappung finanzieller Mittel, die vor allem auf Steuergeschenke für Wohlhabende und Großunternehmen zurückzuführen ist, werden Länder und Kommunen zu Kürzungen und Privatisierungen gedrängt.

So stellt der Schutzschirm keine Hilfe, sondern eine Erpressung der Kommunen dar. Erst werden den Kommunen die finanziellen Mittel gekürzt, dann wird ein Schutzschirm im geringeren Umfang angeboten. Durch die gekürzten Mittel bleibt vielen Kommunen schon gar keine Wahl mehr. Stellt sich eine Kommune dann dennoch quer, wie es zum Beispiel zunächst die Stadt Gießen tat, dann wird mit der Nicht-Genehmigung vom Haushalt und mit weiteren Mittelkürzungen gedroht. Das riecht ganz nach Herrn Bouffier wie er leibt und lebt. Die kommunale Selbstverwaltung wird de facto abgeschafft, die schon jetzt äußerst geringen Spielräume gehen in Zukunft gegen Null.

Diese dreiste Erpressung soll die Weiterführung der neoliberalen Landes- und Bundespolitik in den Kommunen erzwingen, was mich zum zweiten Kritikpunkt führt. Den Kommunen bleibt nur der Weg der Gebühren und Steuererhöhungen und/oder der Kürzungen. Für Die Stadt Gießen heißt dass: Erneute Anhebung der Friedhofsgebühren, erneute Anhebung der Grundsteuer B, Wegfall des Umzugsbonus (Erstwohnsitzprämie) für StudentInnen, zahlreiche kleinere Kürzungen und vor allem das Einfrieren von Mitteln für die Jugendhilfe und freie Träger. Gerade dieser letzte Aspekt ist ein Skandal. Unabhängig von Fallzahl, Kosten und Lohnentwicklung sollen die entsprechenden Einrichtungen bis 2020 nicht mehr Geld bekommen als heute. Das bedeutet Sozialkahlschlag. Auch die Friedhofsgebühren sind für viele kaum noch zu tragen und besonders für gläubige Menschen sind günstigere anonyme Bestattungen nur schwer zu ertragen. Die Erhöhung der Grundsteuer wird die Mietnebenkosten weiter antreiben. Das bedeutet Belastungen, die vor allem finanziell schlecht gestellte Menschen hart treffen.

Daher bedeutet der Schutzschirm nicht etwa Hilfe für Kommunen, sondern die de facto Abschaffung der kommunalen Selbstverwaltung und zwangsverordneter Sozialkahlschlag. Wir lehnen den Schutzschirm daher entschieden ab.

Die Alternativen sind auf bundespolitischer Ebene zu suchen. Es muss endlich eine gerechtere Steuerpolitik her. Ein höherer Spitzensteuersatz, eine Reichensteuer, konsequente Besteuerung von Großunternehmen und Kürzungen im Rüstungsetat könnten eine solide Finanzierung von Bund, Ländern und Kommunen, als auch einen Sozialstaat der diesen Namen verdient, ermöglichen. Gerechtere Lastenverteilung statt immer mehr Leistungskürzungen im öffentlichen Sektor und immer mehr Privatisierungen, sowie Kürzungen im Sozialbereich wäre nötig. Nicht zuletzt müssen auch Unternehmen ordentliche Löhne zahlen, damit ein Konzept wie die soziale Marktwirtschaft funktionieren kann. Doch bei vielen Unternehmen und PolitikerInnen hat man das Gefühl, das man das "Sozial" in sozialer Marktwirtschaft eher heute als morgen streichen möchte. Soziale Verantwortung sollte nicht nur Staatsdoktrin, sondern auch Unternehmensphilosophie und politisches Leitkonzept sein.

Kommunalpolitische Lösungen sehe ich nicht. Natürlich könnte man auf prunkvolle Rathausneubauten oder Prestigeprojekte wie die Landesgartenschau verzichten und stattdessen zum Beispiel den Gießen-Pass aufstocken und Schulen schneller sanieren, aber an den strukturellen Defiziten ändert das nichts. Auch die Länder haben keine ausreichende finanzielle Ausstattung. Eigentlich müssten die Länder und die Kommunen geschlossen protestieren und sich nicht gegenseitig das Leben schwer machen. Doch bei einer schwarz-gelben Bundesregierung und einem SPD Kanzlerkandidaten aus dem alten Agenda-2010-Klan gibt es kaum Hoffnung auf die, von mir bereits angesprochenen, dringend nötigen Verbesserung der finanziellen Ausstattung der öffentlichen Hand. Und daher sehe ich auch in naher Zukunft keine Verbesserungen für die hessischen Kommunen. Es bleibt die Hoffnung darauf, dass es irgendwann wieder eine große Protestbewegung und andere Wahlergebnisse gibt als bisher. Demokratie ist mehr, als ab und zu ein Kreuzchen machen. Die Umsetzung von Wahlversprechen darf und muss eingefordert werden, der Protest gegen den Sozialkahlschlag ist legitim.